

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Aus der Umweltkatastrophe lernen: Die Oder konsequent schützen**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 71. Sitzung am 14. September 2022 zum TOP 6 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Im August 2022 ist es an der Oder zu einem massiven Fischsterben gekommen. Diese ökologische und ökonomische Katastrophe muss aufgearbeitet und Konsequenzen müssen gezogen werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig, dass die Hauptursache für das massenhafte Sterben von Fischen, Muscheln und Schnecken in der Oder das Toxin der Brackwasseralge *Prymnesium parvum* war, die sich durch die Einleitung salzhaltiger Abwässer massiv vermehren konnte. Verstärkt wurde die Algenblüte zusätzlich durch die Niedrigwassersituation, sehr hohe Temperaturen infolge der Klimakrise und Stauhaltungen am Oberlauf der Oder.

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz hat sich am 23. August 2022 in einer Sondersitzung mit dem Fischsterben an der Oder befasst. Mit dem Abschluss der Aufräumarbeiten vor Ort müssen jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, um solche Ereignisse in Zukunft zu verhindern und eine rasche Wiederbesiedlung der Oder mit ihrem charakteristischen Artenbestand und Fischbeständen zu erreichen.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushalts- und Personalmittel

- gemeinsam mit der Bundesregierung und der polnischen Regierung für eine lückenlose Aufklärung der Umweltkatastrophe an der Oder zu sorgen und darauf hinzuwirken, dass umweltkritische Einleitungen entlang der Oder umgehend gestoppt werden,
- auf Basis der neuen Erkenntnisse bei der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (IKSO) auf eine Evaluierung des Meldesystems der AG Havarie hinzuwirken, insbesondere hinsichtlich neuer multikausaler Herausforderungen in Folge der Klimakrise,

- im Rahmen der IKSO darauf hinzuwirken, dass ein länderübergreifendes Einleitungskataster erstellt wird und es zu einer Überprüfung sämtlicher Einleitungen in die Oder und deren Nebenflüsse kommt, wobei auch Grenzwerte für die Einleitungen mit Blick auf notwendige Verdünnungseffekte überprüft werden sollen,
- das ehrenamtliche Engagement der vielen Helferinnen und Helfer beim Einsatz an der Oder in geeigneter Form öffentlich zu würdigen,
- zu prüfen, wie gemeinsam mit der Bundesregierung den vom Fischsterben betroffenen Betrieben, insbesondere in den Bereichen Fischerei und Tourismus, finanziell geholfen werden kann,
- in Zusammenarbeit mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt, das für die Betreuung der Bundeswasserstraße Oder zuständig ist, die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Erreichung des guten Zustandes der Oder in Hinblick auf die Hydromorphologie zu forcieren und in diesem Kontext die Umsetzung des Bundesprogramms ‚Blaues Band Deutschland‘ an der Oder voranzubringen,
- die Nationalparkverwaltung bei der Bewältigung der durch die Umweltkatastrophe entstandenen Aufgaben zu unterstützen und den zuständigen Ausschuss zeitnah über die Situation und Auswirkungen im Nationalpark zu informieren,
- gegen den ergangenen Bescheid der polnischen Generaldirektion für Umwelt zum Widerspruch des Landes Brandenburg im grenzüberschreitenden UVP-Verfahren gegebenenfalls rechtliche Schritte einzuleiten,
- die vorbereitenden Arbeiten zur Umsetzung des Abkommens zum Oderausbau seitens der Bundeswasserstraßenverwaltung aufgrund der aktuellen Situation und der künftig zu erwartenden klimatischen Bedingungen zu überprüfen,
- die genehmigten Einleitungen in die Oder auf Brandenburger Seite auf ihre Verträglichkeit unter den Bedingungen des Klimawandels zu überprüfen.“

Prof. Dr. Ulrike Liedtke  
Die Präsidentin